



Initiativkreis Plattform

Zivile Konfliktbearbeitung e.V.

Obenmarspforten 7-11, 50667 Köln, Telefon/Fax. 0221/16932460

E-Mail: Koordination@konfliktbearbeitung.net, www.konfliktbearbeitung.net

An die Arbeitsgruppe „Außen/Verteidigung/Entwicklung/Europa“ der CDU/CSU und der FDP
zu Händen

Herrn Bundesminister der Verteidigung Dr. Franz-Josef Jung,
MdB CDU
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn Dr. Werner Hoyer MdB FDP
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Vorab per E-Mail an die Mitglieder der Arbeitsgruppe

Franz Josef Jung (CDU)
Werner Hoyer (FDP)
Eckart von Klaeden (CDU)
Peter Hintze (CDU)
Andreas Schockenhoff (CDU)
Arnold Vaatz (CDU)
Michael Stübgen (CDU)
Christian Schmidt (CSU)
Thomas Silberhorn (CSU)

Christian Ruck (CSU)
Peter Gauweiler (CSU)
Herbert Frankenhauser (CSU)
Ingo Friedrich (CSU)
Birgit Homburger (FDP)
Wolfgang Gerhardt (FDP)
Hellmut Königshaus (FDP)
Michael Georg Link (FDP)
Florian Toncar (FDP)

Köln, den 15. Oktober 2009

Koalitionsvertrag

Sehr geehrte Frau Homburger, sehr geehrte Herren,

beim Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre bestätigt sich, dass Politik und Zivilgesellschaft große Fortschritte bei der systematischen und institutionellen Entwicklung der zivilen Konfliktbearbeitung erreicht haben. Einen wesentlichen Anteil daran hat der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ (2004).

Er statuierte für die Bundesrepublik Deutschland einen grundsätzlichen und strategischen Paradigmenwechsel zum Umgang mit gewaltförmigen Konflikten nach der Maxime „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.“ Dieser Aktionsplan wurde von der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung als dem Netzwerk der Zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland gefordert und unterstützt. Die Koalition von CDU/CSU und SPD hat den Aktionsplan als solchen von 2005 bis

2009 weitergeführt. In den Programmen Ihrer Parteien zur Bundestagswahl 2009 wird er nicht mehr ausdrücklich erwähnt. Das Memorandum zur Bundestagswahl „Gewaltkonflikten vorbeugen: sichtbarer – wirksamer – handlungsfähiger“ vom 11. August 2009 (Anlage) von Mitgliedern des Beirates zum Aktionsplan bringt neue politische Akzente zur Profilierung und verbesserten Handlungsfähigkeit der deutschen Friedenspolitik ins Gespräch. Eckpunkte darin sind Vorschläge zu einem Beauftragten für Krisenprävention, zur Stärkung des Ressortkreises „Zivile Krisenprävention“, zur Einrichtung eines Bundestagsunterausschusses „Zivile Krisenprävention“ und eines unabhängigen Evaluierungsmechanismus sowie die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zur Prävention. Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung hat dieses Memorandum mitgezeichnet. Außer Ihren Parteien haben das Memorandum auch alle anderen im neuen Bundestag vertretenen Parteien in Stellungnahmen grundsätzlich begrüßt (<http://www.bicc.de/index.php/press/press-2009/presseerklaerung-memorandum-zur-bundestagswahl-2009-2>). Wir freuen uns darüber, bitten aber darum, im neuen Koalitionsvertrag Ihrer Parteien die folgenden Anliegen aus zivilgesellschaftlichen Erfahrungen zu berücksichtigen:

1. Die Stellungnahmen von CDU/CSU und FDP zum Memorandum rücken als Grundlage für Friedens- und Sicherheitspolitik das „Konzept der vernetzten Sicherheit“ in den Vordergrund. Im Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr ist es dargelegt worden. Das Konzept steht in Spannung zu dem Verständnis von Sicherheit im Aktionsplan, welches dem Konzept der „menschlichen Sicherheit“ näher kommt, weil es die Interessen der direkt von Unsicherheit, Not, Gewalt und Unfreiheit Betroffenen priorisiert. Wir halten es im Sinne deutscher Friedenspolitik für sinnvoller, dieser letzteren Linie zu folgen. Damit würde dem Aktionsplan als Rahmen einer für die gesamte Regierung gültigen Vorgabe neue Gültigkeit verschafft.

2. Dem Konzept der „menschlichen Sicherheit“ zu folgen bedeutet auch, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als Ressort zu erhalten. Der erste Minister des BMZ war Dr. Walter Scheel (Bundespräsident a.D.), ein Liberaler. Wir unterstützen die Absicht der CDU/CSU, „die Entwicklungspolitik als eigenständiges Politikfeld ... zu stärken.“ („Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land“, Regierungsprogramm 2009 – 2013, S. 63)

3. Der Primat des Zivilen und die konstruktive Rolle von Zivilgesellschaft in der Friedens- und Entwicklungspolitik werden in den Wahlprogrammen von CDU/CSU und FDP kaum oder nur am Rande als zu fördernde Kräfte erwähnt. Wir halten es zum Zweck der politischen Durchsetzung jedoch für notwendig, die in Ihren Stellungnahmen zum Memorandum enthaltenen positiven Wertungen zivilgesellschaftlichen Handelns in der Konfliktbearbeitung im Koalitionsabkommen zu konkretisieren. Immer noch ist objektiv festzustellen, dass personelle, finanzielle und institutionelle Ressourcen stärker für militärische Aufgaben und Institutionen als für zivile aufgewandt werden.

4. Staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen arbeiten in Deutschland zu Zielen und Programmen der zivilen Konfliktbearbeitung insbesondere im Bereich der Friedens-, Entwicklungs- und Europapolitik konstruktiv zusammen. Solche Kooperationen sollten unter der Prämisse der komparativen Vorteile fortgesetzt werden. Ein großer Teil der Arbeit auf diesen Feldern geschieht durch zivilgesellschaftliche Organisationen (zum Beispiel zugunsten von Menschenrechten und humanitärem Engagement, Friedens- und Freiwilligendienste als außerschulische Lernfelder der nachwachsenden Generationen, der Zivile Friedensdienst als ein wichtiges Instrument deutscher Entwicklungspolitik, Bildungsarbeit und Bewusstseinsbildung für auch von Ihnen vorgestellte Ziele). Wir bitten darum, diese gesellschaftliche Realität in Ihrer Politik der nächsten Jahre positiv zu würdigen, indem z.B. Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten weiterentwickelt werden.

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung ist das offene Netzwerk in Deutschland zur Förderung der zivilen Konfliktbearbeitung. Es wurde 1998 gegründet. In der Präambel der Plattform-Charta heißt es: „An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht die Welt vor einem unerträglichen Ausmaß an Gewalt, insbesondere bei innerstaatlichen Konflikten. Die Reduzierung und Überwindung dieser Gewalt erfordern vorrangig und zunehmend eine Entfaltung vielfältiger Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung. Dazu ist es notwendig, dass sich Nichtregierungsorganisationen vermehrt engagieren und die Fähigkeit in der Gesellschaft zur konstruktiven Konfliktbearbeitung insgesamt gestärkt wird.“ Die Plattform bietet Einzelnen und Nichtregierungsorganisationen den Raum für solch ein gemeinsames Engagement. Sie ist ihrerseits Teil einer internationalen Gemeinschaft zivilgesellschaftlicher Akteure. Heute beteiligen sich an Aufgaben der zivilen Konfliktbearbeitung in der Plattform 130 Einzelpersonen und 53 Organisationen, Einrichtungen und Gruppen aus: Friedensarbeit, Konfliktbearbeitung/ Mediation, Menschenrechtsarbeit, humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit.

Für Gespräche zur Thematik stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Ulrich Frey

(Sprecher, für den Initiativkreis Plattform Zivile Konfliktbearbeitung e.V.)

Anlage: Memorandum „Gewaltkonflikten vorbeugen: sichtbarer – wirksamer – handlungsfähiger“